Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 217 | Dresden, Donnerstag den 17. September 1925 | 36. Jahrg.

Der Vorschlag der Sachsenkommission

Heidelberg, 17. September. (Eig. Drahtb.)

Die Sachsenkommission hat ihre Arbeit beendet. Sie legte dem Parteitag eine Entschließung vor, die folgenden Wortlaut hat:

Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsenkonflikt einer Lösung entgegenzuführen. Die Frage der Landtagsauflösung, die in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschluß des Berliner Parteitages von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst die Fraktionsmehrheit und -minderheit des Landtages sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden und daß die Frage der Landtagsauflösung von der Landtagsfraktion und den Landesinstanzen und dem Parteivorstand so bald als irgend möglich beraten und gemeinsam entschieden wird.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen die sächsischen Parteigenossen aus Anlaß des Sachsenkonfliktes anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Parteigenossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlung zu geben ist, daß aber von ihnen erwartet wird, daß sie sich im Rahmen der Beschlüsse der Landesorganisationen halten. Der Parteitag gibt weiterhin seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Parteistreitigkeiten in Sachsen in der Presse, in Versammlungen und in persönlichen Aeußerungen mit einer Schärfe geführt worden sind, die nicht gebilligt werden kann. Der Parteitag hat das Vertrauen zu allen beteiligten Genossen, daß sie durch kameradschaftliche Ausführung dieses Beschlusses des Parteitages den Sachsenkonflikt endgültig beseitigen und damit in Sachsen die Bahn freimachen zur fruchtbaren Arbeit für den Sozialismus.

Die sächsische Delegation berät zur Zeit darüber, wie sie sich zu dieser Entschließung zu stellen hat. Sie wird aller Voraussicht nach diese Entschließung ablehnen und in einer Erklärung dem Parteitag ihre besondere Stellungnahme darlegen. Die Erklärung wird noch einmal den ganzen Sachsenkonflikt zusammenfassen und die Disziplinbrüche der 23 feststellen, wird aber weiter betonen, daß für die sächsischen Parteiorganisationen das Einhalten der Disziplin eine Selbstverständlichkeit ist.

Keils Schlußwort

Heidelberg, 17. September. (Eig. Funkspruch.) Der Parteitag nahm heute morgen das Schlußwort des Genossen Keil zum Bericht der Reichstagsfraktion entgegen. In den darauffolgenden Abstimmungen wurden die vorliegenden Anträge gemäß dem Vorschlage des Berichterstatters zum Teil abgelehnt, zu einem Teil der Fraktion als Material überwiesen, während andre angenommen wurden. Unter den angenommenen Anträgen befindet sich ein vom Genossen Dobbert, Meißen, eingebrachter Antrag, der sich gegen die Klassenjustiz in Deutschland wendet. Die Abstimmung wurde diesmal nicht in der zum Widerspruch herausfordernden Art vorgenommen, wie das am Dienstag geschah.

Bericht der Reichstagsfraktion

Heidelberg, 16. September.

Die Mittwochsitzung des Parteitages beginnt mit dem Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Keil:

Kaum in einer Session des Reichstages ist so umfangreich gearbeitet worden wie in der letzten, eine Fülle von Materien ist in Angriff genommen, viele Gesetze sind erledigt worden.

Ich will die grundsätzlichen Gesichtspunkte, von denen die Fraktion bei ihrer Arbeit geleitet war, darlegen. Erleichtert wird mir diese Aufgabe dadurch, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch natürlich Unterschiede des Temperaments, des Werdegangs und der gefühlsmäßigen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung der Situation führten, so besteht doch keine geschlossene Linke und Rechte wie früher, und von Sondersitzungen einzelner Fraktionsgruppen ist mir wenigstens seit der Vereinigung nichts bekannt geworden. Will man doch von einem sogenannten linken oder rechten Flügel sprechen, so sind die Fälle nicht selten gewesen, in denen „linker Hand, rechter Hand, alles vertauscht" war (Heiterkeit), wo der sanfte Löbe den Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus oder der kritiklustige Lebe den realpolitischen Hermann Müller an Bedächtigkeit übertroffen hat (Heiterkeit). Einzelne Meinungsverschiedenheiten konnten nicht verhindern, daß die Fraktion nach außen hin einheitlich gehandelt hat. Die wenigen Ausnahmen waren ohne politische Bedeutung und beruhten auf ungenügender Information. Mir scheint auch in der Partei im Reiche ernste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht zu bestehen. Nur hier auf dem Parteitag ist mir ein Aufsatz des Genossen Seydewitz im Sächsischen Volksblatt zu Gesicht gekommen, der von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über unsre im Parlament zu treibende Politik spricht, die tiefer gingen als im Sachsenkonflikt. Das hat mich überrascht. Genosse Seydewitz wird ja Gelegenheit haben, die Fraktion von seiner höheren Einsicht zu überzeugen.

Die Frist von Mai bis Dezember war zu kurz gewesen, um die Machtentwicklung der Rechten aufzuhalten. So war die Rechtsregierung nach den Dezemberwahlen nicht mehr zu verhindern, nachdem die Wähler der dahingehenden Strömung nicht den nötigen starken Damm entgegengesetzt hatten, der für die Erneuerung der Weimarer Koalition die zahlenmäßige Grundlage gewesen wäre, und die Deutsche Volkspartei hatte auch nicht den Mut, wie bisher die Minderheitsregierung weiter zu unterstützen. Sie verließ sich auf

die Rechtsneigung des Zentrums,

und diese Spekulation erwies sich als richtig. Der Ringkampf zwischen Stresemann und Marx endete mit dem Sturz des letzteren, von seiner eigenen Partei fallen ließ. Dr. Luther schwang sich als gewandter Equilibrist auf den Kanzlerstuhl, und vier deutschnationale Minister nahmen neben ihm Platz. Das Zentrum wollte nach der trostlosen Erklärung Fehrenbachs dem Kabinett Luther wohl die Duldungsfähigkeit geben, aber parteimäßig nicht daran gebunden sein. Aus den Leistungen des Zentrums in den letzten Monaten fragt man sich aber, was denn diese Partei noch mehr für das Kabinett Luther hätte tun können. Auch wenn es sich von Anfang an nicht eng verbunden mit ihm erklärt hätte! (Sehr richtig!) Mit der Bildung des Rechtskabinetts ergab sich für unsre Fraktion die Stellungnahme von selbst. Stärkstes Mißtrauen und streng entschlossene Opposition. Der Verlauf des ersten Regierungsabschlusses unter diesem Kabinett hat uns gezeigt, wie berechtigt dies Mißtrauen war. Aber unsre Opposition ist nicht dasselbe wie in der Vorkriegszeit. Damals standen wir einem halb absolutistischen — halb konstitutionellen Regierungssystem gegenüber. An eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung war damals nicht zu denken. Heute haben wir das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem unter der republikanischen Staatsform, an deren Schaffung wir führend beteiligt gewesen sind. Und wenn wir zur Zeit nicht in der Regierung sitzen und uns vorläufig auch nicht danach sehnen, so ändert das nichts daran, daß der Sinn und das Ziel unsres Kampfes sind: Die Feinde der Republik und des schaffenden Volkes aus der Regierung zu vertreiben. Die Behauptung Seydewitz', daß in der Reichstagsfraktion tiefgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien, scheint mir aus dem Irrtum zu stammen, daß er glaubt, die Fraktionsmehrheit sei so unbedingt auf die Große Koalition eingeschworen, wie er dagegen ist. Tatsächlich wollen wir nur taktische Bewegungsfreiheit haben, und wenn wir uns im voraus positiv oder negativ binden würden, so würden die Gegner selbstverständlich diese Bindung ausnutzen. (Sehr wahr!) Was wir tun, wenn uns

die Niederringung der Regierung Luther

gelungen ist, ist eine vollkommen offene Frage, zu der wir Stellung nehmen werden, wenn der Fall eintritt. (Sehr gut!) Hoffentlich wird uns dann Seydewitz seine Ratschläge nicht vorenthalten. Nur muß Seydewitz einen Grundsatz des parlamentarischen Systems begreifen: Wer eine Regierung stürzt, kann in die Lage kommen, die neue Regierung bilden müssen. (Müller, Franken: Oder unterstützen müssen, das ist noch schlimmer.) Die Opposition, die siegt, muß die Regierung übernehmen oder für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung sorgen. (Sehr wahr!) Wir sind im Stadium des Ringens der Arbeiterklasse um ihren Anteil an der unmittelbaren Staatsgewalt. Wir fühlen uns als die Träger der demokratischen Republik auch gegen ihre Feinde. Wir wollen den Frieden sichern gegen den frivolen Nationalismus diesseits und jenseits der Grenze. Wir wollen im Innern

für die Armen, die Schaffenden und die Enterbten

herausholen, was als Höchstmaß praktischer Erfolge herausgeholt werden kann. Unsere Forderungen dürfen deshalb die Grenzen dessen nicht übersteigen, was wir praktisch durchführen könnten, wenn wir in der Regierung wären. Deshalb lehnen wir es grundsätzlich ab, nach dem Beispiel der Deutschnationalen rein demagogische Anträge zu stellen, deren Annahme wir nach dem Eintritt in die Regierung mit allen Finessen hintertreiben müßten. (Sehr gut!) Trotzdem hat uns Seydewitz vorgeworfen, daß wir keine solch rein demagogischen Anträge gestellt haben. (Löbe: Unerhört!) Unsere Werbearbeit hat er damit ganz grundlos geschädigt. Die Leistungen der gegenwärtigen Regierungsmehrheit bleiben auch so weit hinter dem durchaus Möglichen und Durchführbaren zurück, daß wir uns auf erfüllbare Forderungen beschränken. Der radikale Wechsel der deutschnationalen Politik ist ohne Beispiel im deutschen Parteileben. Noch bei den Dezemberwahlen haben sich die Deutschnationalen im Jahrmarktskostüm als den wahren nationalen Jakob angepriesen. Aber nach der Regierungsübernahme

half kein Geflunker mehr.

Sie mußten Farbe bekennen. Und die deutschnationale Fraktion hat Erfüllungspolitik getrieben mit einem überaus erstaunlichen Eifer. Was hätte wohl der verstorbene Helfferich von dem deutschnationalen Finanzminister Schlieben gesagt, daß er unter schwerster Steuerbelastung des Volkes eine Ueberschußwirtschaft treibt, nur um für die pünktliche Erfüllung der Reparationslasten zu sorgen? Wo bleibt die Revision des Versailler Vertrags, wo die Bekämpfung der Kriegsschuldlüge? Statt dessen wurde der Sicherheitspakt vorbereitet mit der neuen freiwilligen Verzichterklärung auf Elsaß-Lothringen! So sehr wir selbst deutschnationale Verständigungspolitik im Interesse des europäischen Friedens wünschen, so hätten wir doch nicht hören mögen, was die Deutschnationalen darüber gesagt hätten, wenn eine Regierung Wirth oder Hermann Müller den Sicherheitspakt vorbereitet hätten.

Auch in einer Reihe Fragen der inneren Politik haben wir den Deutschnationalen ihre Doppelrolle als Regierungs- und zugleich Oppositionspartei gründlich verdorben. Die Deutschnationalen wissen die Regierungsgewalt zu schätzen, auch wenn sie ihnen nur einen Teilerfolg bringt. Selbst

der große Raubzug der Zollgesetze,

die trotz unserem leidenschaftlichen Widerstand unter Bruch der geschäftsordnungs- und verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit durchgepeitscht wurden, war nur ein Teilerfolg. Diese Zollgesetze werden für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sein. (Sehr wahr!) Für uns sind die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter maßgebend und wir wollen jede Schädigung vom deutschen Wirtschaftsleben fernhalten. Wir fordern deshalb nicht reinen Freihandel. Aber wir wollen den Abbau der Zollmauer und die europäische Wirtschaftsverständigung, während die Regierung Luther mit ihren Zöllen bewußt die anderen Länder übertrumpfen will. Bei den jetzt beschlossenen Zöllen hat

der Egoismus einer kleinen Zahl Kapitalisten

über die Interessen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gesiegt. Die Regierung versucht die Wirkung ihrer Zollpolitik durch eine Preissenkungsaktion abzuschwächen. Wir wünschen der Aktion den besten Erfolg und halten z. B. die Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder für durchaus möglich. Aber wenn man als Voraussetzung für die Steigerung des Profitgeschäfts alles verteuert und dann so tut, als ob man die Preise senken wollte, ohne die in Frage kommenden Mittel der Staatsgewalt gegen die Kapitalisten einzusetzen, dann kann man damit nur den Spott reizen. Bei der engen Verbindung der Regierung Luther mit dem Großkapital muß die Arbeiterschaft in der Preissenkungsaktion lediglich

ein Manöver zur Verhinderung von Lohnerhöhungen

erblicken. Selbstverständlich stöhnten die Besitzenden bei der notwendigen Neuordnung der Steuern über Erdrosselung und Schwund der Substanz. Aber die Regierung wich vor diesem Geschrei zurück, und der krasse Gegensatz zwischen Besitz- und Massensteuern wurde noch gesteigert. Zahlreiche wichtige und maßvolle Anträge unsrer Fraktion hat die Mehrheit niedergestimmt, z. B. über die Erhöhung der Tarife bei den größten Einkommen und die Umsatzsteuerfreiheit unentbehrlicher Lebensmittel. Durch die von den Rechtsparteien herbeigeführten öfteren außenpolitischen Krisen sind die Inflationsgewinnler à la Stinnes die Nutznießer des Verarmungsprozesses gewesen, dem die Gläubiger und Sparer zum Opfer gefallen sind. Die Ablenkungs- und Vertuschungsmanöver der deutschnationalen Vertreter werden ohne Erfolg bleiben. Denn

der Betrug an den Sparern

schreit zum Himmel und wird sich rächen bei den nächsten Wahlen. (Sehr wahr!) Unsre Fraktion hat sich selbstverständlich auf die Seite der Hungernden und schutzlosen Opfer der Inflation gestellt. In allen Anträgen hat sie den Gläubigern das zu geben versucht was im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen lag. Die Deutschnationalen dagegen haben den Gläubigern das Unmögliche versprochen, um ihnen das Mögliche vorzuenthalten. (Sehr wahr!) Die große Mehrheit der betrogenen Gläubiger stand bis vor kurzem noch im Lager der Rechtsparteien. Sie hatten dort so lange etwas zu sagen und Einfluß und Ansehen, als sie Besitzende waren. Seit ihrer Verarmung ist es damit aus. Die Enttäuschung wird aber erst ihren höchsten Punkt erreichen, wenn es demnächst an die Beratung der Ausführung der Aufwertungsgesetze geht. Dann werden die Schuldner alle Vergünstigungen, die ihnen das Gesetz gewährt, auf Kosten der Gläubiger für sich in Anspruch nehmen. Ob es möglich sein wird, durch die Waffe des in Deutschland noch nicht erprobten Volksentscheides die Aufwertungsgesetze zu revidieren, wie das die Vertreter der Aufwertungsverbände annehmen, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Vorbereitungen dieser Verbände dazu sind im Gange. Tritt die Frage an uns heran, wie wir uns zu der Volksabstimmung verhalten, so wird unsre Entscheidung von der Pflicht abhängig sein, den Opfern der Inflation unsre Hilfe zu leihen. Die Enttäuschung wird die Sozialdemokratie den Gläubigern nicht bereiten, die sie mit ihrem Abgott Hindenburg erlebt haben. (Sehr richtig!) Die deutsche Justiz hatte in politischen Prozessen nie so wenig Vertrauen als gegenwärtig. (Lebhafte Zustimmung.) Mit noch größerem Rechte als der Zentrumsabgeordnete Lieber seinerzeit im Kampfe um das Zuchthausgesetz kann man heute von der

himmelschreienden Parteilichkeit der deutschen Rechtsprechung

reden. (Sehr wahr!) Aus der Situation ergibt sich eine Fülle von Aufgaben für unsre Reichstagsfraktion. Zahlreiche Anregungen werden uns durch hier vorliegende Anträge überwiesen. Die Fraktion wird alles Brauchbare und Nützliche daraus aussuchen und im Rahmen des Möglichen weiter verfolgen. Daß die Partei nicht mit verbrauchten Schlagworten und ödem Schematismus Werke geben kann, lehren uns wieder der Fall Wirth und das Echo, das er im demokratischen Flügel des Zentrums, insbesondere bei den Arbeiterschichten hervorruft. Auch im Kampfe mit unsren Gegnern müssen wir differenzieren und dürfen die Gegner, die bereit sind, ein Stück Weges mit uns zusammen zu marschieren, nicht von uns abstoßen. (Sehr richtig!) Unter Beachtung dieser Punkte müssen wir uns für den nächsten Wahlkampf die Situation schaffen, die wir uns alle wünschen, die die Wählermassen zwingt, in unserm Sinne Gericht zu halten mit den Herrschaften der Rechten, die groß waren im Versprechen und klein im Halten. Die nächste Entscheidung der deutschen Wählermassen muß werden: Ein Verdammungsurteil über die Feinde der Republik und ein großer Tag des Sieges für die deutsche Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Darauf begann die Aussprache.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250917/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG